

Haushaltsrede der Ratsgruppe Bürgerpartei GLI. Warum wir diesen Haushalt ablehnen

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Dieser Haushaltsvorschlag ist wie Segel setzen auf einem sinkenden Schiff.

48,7 Millionen Euro Defizit. Nächstes Jahr 53 Millionen. Übernächstes Jahr 52 Millionen. Und danach wird es wohl nicht besser – es wird schlechter. Bis 2033 ist das Eigenkapital dieser Stadt aufgezehrt - spätestens. Dann ist Bergisch Gladbach bilanziell überschuldet.

Irgendwie unvorstellbar, denn 48 Millionen Euro – das klingt abstrakt. Stellen Sie sich vor, jeder der 113.000 Einwohner dieser Stadt – vom Säugling bis zur Seniorin – müsste heute 430 Euro auf den Tisch des Rathauses legen. Einfach so. Für ein einziges Jahr. Und nächstes Jahr nochmal. Und übernächstes Jahr nochmal. Das ist die Realität dieses Haushalts.

Wir von der Bürgerpartei GL wollen diesem Haushalt nicht zustimmen. Nicht, weil wir es uns leicht machen wollen. Sondern weil dieser Haushalt keinen Kurswechsel darstellt. Er ist ein „Weiter so“ mit Trauerrand.

II. SPD und Grüne – Die Architekten des Stillstands

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen: Sie regieren diese Stadt seit Jahren mit. Und ich frage Sie ganz ehrlich – was haben Sie eigentlich vorzuweisen?

Gehen Sie mal durch die Bergisch Gladbacher Innenstadt. Samstagnachmittag. Zählen Sie die leeren Ladenlokale. Schauen Sie sich die Grüne Ladenstraße an – das war mal eine Einkaufsstraße, heute ist es eine Geisterstraße. Und was tun Sie? Sie pflastern Mobilitätsmanager auf Stellen, die keiner braucht, und wundern sich, warum der Einzelhandel stirbt.

Sie haben Geld für Gebäudebegrünung, Geld für Baumschutzsatzungs-Ordnungswidrigkeiten, Geld für Stadtmarketing auf Instagram – aber Sie haben kein Geld für die Straßen, auf denen die Leute zur Arbeit fahren. Sie haben kein Geld für Schulen, in denen unsere Kinder lernen. Und Sie haben schon gar kein Geld für bezahlbare Wohnungen.

Wissen Sie, was der Unterschied ist zwischen einem Mobilitätsmanager und einem Schlagloch? Das Schlagloch bemerken die Bürger.

Und jetzt, wo die Verhandlungen geplatzt sind, kommen SPD und Grüne mit einem Personaldeckel: 2 Prozent Kürzung in 2026, 3 Prozent in 2027, 4 Prozent ab 2028. Fragen Sie doch mal nach was das Jugendamt davon hält! Dazu eine Wiederbesetzungssperre für altersbedingt freiwerdende Stellen. Das klingt hart. Aber schauen wir genauer hin: Sie streichen 7 Stellen aus dem Entwurf. Sieben! Bei einem Defizit von 49 Millionen. Und Sie streichen 2 Stellen aus dem Bestand. Das ist so, als würden Sie bei einer Überflutung versuchen, das Wasser mit einem Eierbecher auszuschöpfen.

SPD und Grüne wollen die Grundsteuer nur um 25 Punkte erhöhen statt um 100. Schön. Aber woher kommen dann die fehlenden 3 Millionen Euro? Aus der Luft? Aus dem Personaldeckel, der erst in Jahren greift? Oder doch wieder aus neuen Schulden?

Ich sage Ihnen, was Rot-Grün in dieser Stadt macht:

- Sie verwalten den Mangel – und nennen es Gestaltung.**
- Sie verteilen Geld, das wir nicht haben – und nennen es soziale Gerechtigkeit.**
- Und sie pflanzen Bäume auf Gebäude – während die Gebäude darunter verrotten.**

Die CDU hat einiges richtig erkannt. Der Haushaltsbegleitbeschluss enthält vernünftige Punkte: Aufgabenkritik, Komponentenansatz bei Straßen, Feuerwehrschohl-Prüfung, 5 Millionen jährlich für Straßensanierung. Das würden wir mit tragen.

Aber auch die CDU springt zu kurz. Sie streicht 13 Stellen aus dem Entwurf – und schafft gleichzeitig 4 neue Stellen. Die zwei Baustellenleiter für Verkehrsflächen – ja, die machen Sinn. Aber zwei neue Stellen beim Stadtordnungsdienst? Die sind nicht nur überflüssig – die sind kontraproduktiv.

Die CDU will zwei neue Stellen schaffen, damit noch mehr Kontrolleure durch die Innenstadt laufen und Knöllchen verteilen. Meine Damen und Herren, das ist genau das Gegenteil von dem, was unsere Ortszentren brauchen.

Unsere Innenstädte sterben nicht an zu wenig Ordnungsamt. Sie sterben daran, dass jeder Kunde, der mit dem Auto kommt, erst einen Parkplatz sucht, dann ein Parkticket zieht, dann auf die Uhr schaut – und am Ende lieber bei Amazon bestellt, weil ihm da niemand ein Knöllchen unter den Scheibenwischer klemmt.

Wenn wir im Wettbewerb mit Köln, mit Düsseldorf und mit dem Onlinehandel bestehen wollen, müssen wir die Ortszentren einladend machen – nicht abschreckend. Das heißt: Parkgebühren in den Ortszentren weitgehend abschaffen. Kontrolleure abbauen statt aufbauen. Den Einzelhandel unterstützen statt drangsaliieren.

Aber das versteht man vielleicht nicht, wenn man jeden Monat sein sicheres Gehalt bekommt – egal ob die Wirtschaft boomt oder zusammenbricht, egal ob man Spitzenleistung bringt oder drei Wochen krank ist. In der Verwaltung ist das so. Im Einzelhandel ist das anders. Da steht die Inhaberin morgens um sieben im Laden, macht abends um acht das Licht aus und hofft, dass genug Kunden kamen, um die Miete zu bezahlen. Und dann kommt der Ordnungsdienst vorbei und vertreibt den letzten Kunden, der es gewagt hat, fünf Minuten zu überziehen. Das ist die Realität in unseren Ortszentren. Und solange wir das nicht begreifen, ist jeder Cent für Stadtmarketing auf Instagram zum Fenster rausgeworfen.

Und dann ist da noch das Bürgermeisteramt. Herr Kreutz, ich sage das mit allem Respekt vor dem Amt – aber ohne Respekt vor Ihrer Amtsführung: Dieser Haushalt ist Ihr Haushalt. Sie haben ihn eingebracht. Sie haben ihn dem Rat vorgelegt. Sie tragen die Verantwortung.

Und was legen Sie uns vor? Ein riesiges Defizit. Keine einzige strukturelle Idee, wie man das abwenden soll. Keine Vision für diese Stadt. Kein Konzept für Wirtschaftsförderung, kein Konzept für Digitalisierung, kein Konzept für Wohnungsbau. Nichts dergleichen.

Das ist so, als würden Sie für diese Stadt einen Kreditvertrag über 50 Millionen unterschreiben – und dann kneifen, wenn die Raten fällig werden. Die Raten zahlen nämlich nicht Sie, Herr Bürgermeister. Die zahlen die Bürgerinnen und Bürger. Mit höheren Steuern, schlechteren Straßen und geschlossenen Schwimmbädern

Ein Bürgermeister, der einen solchen Haushalt vorlegt, ohne auch nur eine eigene Konsolidierungsidee beizusteuern, hat entweder den eigenen Haushalt nicht zu Ende gedacht – oder er will ihn nicht verstehen. Beides ist schlimm.

Offen gesprochen: In dem halben Jahr Ihrer Amtszeit haben Sie keinen einzigen eigenen Impuls für diese Stadt gesetzt. Kein einziges Mal sind Sie vor diesen Rat getreten und haben gesagt: Das ist meine Idee, dafür stehe ich. Nichts. Und das nach nur sechs Monaten – da zeigt sich bereits, dass Sie das entweder nicht können oder nicht wollen. Beides können wir uns nicht leisten.

Herr Kreutz, Bergisch Gladbach ist eine Stadt mit 113.000 Einwohnern, mit einem Haushalt von fast einer halben Milliarde Euro, mit einem Zanders-Gelände, das eine Jahrhundert-Chance ist. Diese Stadt braucht einen Bürgermeister, der morgens aufwacht und sich fragt: Was kann ich heute für diese Stadt bewegen? Und nicht einen, der sich fragt, *wie lange muss ich noch*.

Meine Damen und Herren, Bergisch Gladbach braucht keinen neuen Anstrich. Bergisch Gladbach braucht ein neues Fundament. Ich schlage Ihnen vor, woraus dieses Fundament bestehen könnte.

Erstens: Bezahlbare Wohnungen.

Seit 2017 haben wir 337 Sozialwohnungen verloren. Bis 2030 fallen weitere 513 aus der Bindung. Die Zahl der Wohngeld-Haushalte hat sich fast verdreifacht – von 546 auf 1.355. Und was tut die Politik? Nichts. Die Stadt hat sogar die Wohnungsvermittlung eingestellt – es gibt nicht einmal mehr eine Warteliste!

Deshalb beantragen wir heute die Gründung der WEG GL – Wohnentwicklungsgesellschaft Bergisch Gladbach. Eine städtische GmbH, die auf städtischen Grundstücken bezahlbare Wohnungen baut. 30 Prozent Sozialwohnungen, 70 Prozent frei finanziert. Finanziert sich selbst über Mieten, Kredite und Fördermittel. Kostet den Haushalt einmalig 500.000 Euro und dann – nie wieder einen Cent.

500.000 Euro – das ist weniger, als diese Stadt in einem Jahr für Gutachten ausgibt, die in Schubladen landen. Und dafür bekommen wir 120 Wohnungen. Das ist der Unterschied zwischen Verwalten und Gestalten.

Zweitens: Schulen im Turbomodus sanieren.

Jedes Kind in dieser Stadt hat das Recht auf ein Klassenzimmer, in dem es nicht durch die Decke tropft. Jedes Kind hat das Recht auf eine funktionierende Heizung und eine Toilette, die man benutzen kann, ohne sich zu ekeln. Wir haben eine Schulbau GmbH gegründet – gut. Aber sie muss auch liefern. Schneller. Billiger. Mit klaren Standards. Keine Luxuslösungen, sondern solide Schulen, die in zehn Jahren noch funktionieren.

Drittens: Straßen, die man befahren kann.

400 Kilometer Straßennetz, und jeder Autofahrer in dieser Stadt kann Ihnen sagen, wo die schlimmsten Schlaglöcher sind. Der CDU-Vorschlag, 5 Millionen jährlich über den Komponentenansatz

in Straßensanierung zu investieren, ist richtig. Aber wir brauchen auch die Kapazitäten, dieses Geld umzusetzen – bisher schaffen wir nur 40 bis 60 Prozent des geplanten Budgets. Das ist, als hätten Sie einen vollen Kühlschrank, aber weder Herd noch Geschirr.

Viertens: Eine digitale Verwaltung, die funktioniert.

Wir haben in diesem Rat schon mehrfach gefragt: Wie viele Verwaltungsleistungen sind online verfügbar? Die Antwort der Verwaltung war – sagen wir mal – ausweichend. Andere Städte machen vor, wie es geht. In Monheim am Rhein können Sie einen Bauantrag vom Sofa aus stellen. In Bergisch Gladbach brauchen Sie dafür einen halben Tag Urlaub, einen Parkplatz und starke Nerven.

Fünftens: Ein Wirtschaftskonzept, das den Namen verdient.

Wir haben über 50 Hektar ungenutzte Gewerbeflächen in dieser Stadt. 50 Hektar! Das ist mehr als das gesamte Zanders-Gelände. Diese Flächen liegen brach, während Unternehmen, die sich hier ansiedeln wollen, von unserer Verwaltung durch bürokratische Labyrinth geschickt werden, bis sie aufgeben und nach Leverkusen oder Köln gehen.

Was machen Kommunen, die es besser können? Niedrige Gewerbesteuer, schnelle Genehmigungen, professionelles Standortmarketing. Ergebnis: Unternehmen kommen, Steuern fließen, Schulden sinken. Und was machen wir? Hohe Steuern, langsame Genehmigungen, Stadtmarketing auf Instagram.

Ergebnis: 49 Millionen Defizit.

VI. Unsere Ortszentren – Der Patient liegt auf der Intensivstation

Ich bin nicht in dieser Stadt geboren. Aber ich lebe hier, ich arbeite hier, meine Familie ist hier. Und gerade weil ich von außen gekommen bin, sehe ich manches vielleicht klarer als jemand, der sich an den Verfall gewöhnt hat. Wenn ich heute durch die Innenstadt gehe, durch die Grüne Ladenstraße, durch Bensberg, durch die Fußgängerzone – dann frage ich mich:

Wer hat das zugelassen? Und meine Freunde aus München fragen: warum ist das so?

Unsere Ortszentren sterben. Nicht an Corona, nicht an Amazon – die sterben an politischem Desinteresse. Sie sterben daran, dass seit Jahrzehnten niemand ein Konzept hat, wie man eine Innenstadt lebendig hält. Stattdessen wird umgebaut, umgeleitet, umgeplant – und am Ende steht ein weiteres Ladenlokal leer.

Wir brauchen eine professionelle Marketinggesellschaft, die unsere Stadt vermarktet wie ein Unternehmen sein Produkt. Wir brauchen ein Kino in der Innenstadt, Gastronomie, Veranstaltungen. Wir brauchen Gründe, warum junge Leute Freitagabend nach Bergisch Gladbach kommen – und nicht nach Köln fahren.

Und wir brauchen den Respekt vor dem Bürgerwillen. Wenn Anwohner sagen: Diesen Umbau wollen wir nicht – dann müssen wir zuhören. Nicht überstimmen. Nicht ignorieren. Zuhören.

VII. Unser Abstimmungsverhalten

Meine Damen und Herren, die Bürgerpartei GL lehnt diesen Haushalt ab. Wir lehnen ihn ab, weil er keinen Kurswechsel darstellt. Weil er Probleme verwaltet statt sie zu lösen. Weil er die Bürgerinnen und Bürger mit Steuererhöhungen belastet, ohne ihnen zu sagen, was sie dafür bekommen.

Wir wären bereit gewesen, einem Haushalt zuzustimmen, der einen echten Kurswechsel einleitet. Einem Haushalt, der in Wohnungen investiert statt in Verwaltung. Der Straßen baut statt Bürokratie verwaltet. Der Schulen saniert statt Studien bestellt.

Unsere Bedingung war klar und einfach: Stimmen Sie unserem Antrag zur WEG GL zu – der Wohnungsbaugesellschaft, die den Haushalt einmalig 500.000 Euro kostet und danach bezahlbare Wohnungen baut, ohne dass die Stadt einen weiteren Cent zuschießen muss. Diese Bedingung wurde nicht erfüllt.

Und deshalb sage ich: Nein. Nicht zu diesem Haushalt.

Bergisch Gladbach braucht eine Wende. Eine Wende weg von der Schuldenmacherei. Eine Wende weg von der ideologischen Spielwiese. Eine Wende hin zu einer Stadt, in der man bezahlbar wohnen, ordentlich arbeiten und sicher leben kann. Eine Stadt mit Straßen ohne Schlaglöcher, Schulen ohne Verfall und Schimmel und einer Verwaltung, die für die Bürger da ist – und nicht umgekehrt.

Wir sind zwei Sitze in diesem Rat. Aber wir stehen für das, was die meisten Bürgerinnen und Bürger hier und draußen denken: So kann es nicht weitergehen.

Wenn Sie heute diesen Haushalt beschließen, beschließen Sie ein weiteres Jahr auf Pump. Ein weiteres Jahr, in dem wir unseren Kindern Schulden hinterlassen. Ein weiteres Jahr, in dem die Schere zwischen dem, was diese Stadt sein könnte, und dem, was sie ist, weiter auseinandergeht.

Die Bürgerpartei GL sagt: Es reicht. Wir lehnen diesen Haushalt ab. Und wir fordern alle Ratsherren der Fraktionen auf, den Mut aufzubringen, den dieser Haushalt nicht hat: den Mut zum echten Wandel.

Vielen Dank.